

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz am

Montag, den 28.05.2018 um 18.30 Uhr

im Ortsamt Osterholz, Sitzungssaal, Osterholzer Heerstraße 100, 28325 Bremen

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr Sitzungsende: 21.15 Uhr

TeilnehmerInnen:

Herr Barth	
Frau Contu	Protokollführung
Herr Dillmann	
Frau Fischer	
Frau Haase	
Herr Haase	Beiratssprecher
Herr Hohn	
Herr Kaul	
Herr Last	
Herr Massmann	
Frau Osterhorn	
Frau Pfeiffer	
Herr Dr. Restat	
Frau Sauer	
Herr Schlüter	Sitzungsleitung
Herr Sporleder	
Frau Uysun	
Herr Uysun	entschuldigt

Gäste:

Frau Prof. Dr. Quante Brandt, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Frau Darnedde, Geschäftsführerin Gesundheit Nord
Herr Rohdenburg, Vorsitzender Betriebsrat Klinikum Bremen Ost
Frau Martens, Betriebsrat Klinikum Bremen Ost
Herr Schmid, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Frau Borsch, Geschäftsführung KBO

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

1. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 23.04.2018 (ca. 5 Min)
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (ca. 15 Min)
3. Anträge, u.a. (ca. 20 Min)

- Bürgerantrag Siedlergemeinschaft Kuhkamp e.V.
- Zukünftige Schulstandortplanung Osterholz
- Umnutzung von Containern für Wohnungslose

4. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 10 Min)

5. Verschiedenes (ca. 10 Min)

Ab ca 19.30.Uhr

6. Zukünftige Struktur des Klinikums Bremen-Ost

Zu TOP 1: Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 26.02. 2018

Das Protokoll vom 23.04.2018 wird in einer späteren Sitzung genehmigt.
Der Beirat ist beschlussfähig.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Frau Sauer (CDU) ist von einer Anwohnerin angesprochen worden, dass nachts an der Kita Engadiner Straße Jugendliche feiern und den Ort verschmutzt zurücklassen würden. Angeblich müssten die Kinder dann am Morgen aufräumen. Herr Tasan (Quartiersmanager Schweizer Viertel) erklärt, dass über diese Frage bereits im AK Schweizer ¼ gesprochen worden sei. Nach den Angaben der Kita sei die Situation nicht so schlimm. Die Kommunikation mit den Jugendlichen sei gut. Die Kinder müssten am Morgen nicht aufräumen, da die Jugendlichen dieses selbst übernehmen. Es wird bevorzugt, dass die Jugendlichen sich dort treffen als woanders, sie sollen daher auch nicht „verscheucht“ werden. Zudem handele es sich bei der Melderin nicht tatsächlich um eine Anwohnerin. Frau Osterhorn (SPD) erklärt, dass kürzlich eine Gruppe der Nachtwanderer mit den Jugendlichen gesprochen habe. Diese hätten sich sehr einsichtig gezeigt. Vaja und die Polizei sind dennoch informiert und achten auf die Situation.

Herr Conreder (CDU) fragt nach, wie der Tag der Männergesundheit am 26.05.2018 angenommen worden sei. Frau Osterhorn (SPD) berichtet für den Gesundheitsausschuss. Insgesamt hätten sich 15 Männer untersuchen lassen (Blutdruck etc.). Dieses sei ein gutes Ergebnis. Da es an dem Samstag ungewöhnlich warm war, seien auch nur wenige Menschen zum Einkaufen vor Ort gewesen. Mit der Akzeptanz ist der Ausschuss daher grundsätzlich zufrieden.

Zu TOP 3: Anträge

- Bürgerantrag Siedlergemeinschaft Kuhkamp e.V. (Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße)
Herr Hohn (CDU) berichtet von der Jahreshauptversammlung. Der Antrag wurde vor einigen Jahren bereits einmal gestellt. Die Zustände hätten sich seitdem jedoch geändert. Täglich würden ungefähr 1.000 LKW von Mercedes zur A 27 fahren. Hinzu kämen die Pendler. Demnächst müssten noch die Bewohner des neuen Ellener Hofes hinzugerechnet werden. Die CDU schlägt daher folgendes Vorgehen vor: Es soll ein Prüfauftrag beim Bauplanungsamt beantragt werden, in dem herausgearbeitet werden soll, ob die Verlängerung finanziell umsetzbar wäre und welche anderen Anbindungsmöglichkeiten es gäbe. Außerdem solle der Antrag noch einmal an den Bauausschuss verwiesen werden.

Herr Sporleder (CDU, Sprecher FA Bau) erklärt, dass das Thema aktuell bereits im FA Bau behandelt wird. Eine entsprechende Anfrage bei SUBV soll gestellt werden. Für den FA Bau sei der Ausbau der Linie 10 jedoch vorrangig zu behandeln.

Herr Dillmann (Grüne) weist darauf hin, dass der Beirat Hemelingen sich bereits gegen die Maßnahme ausgesprochen habe.

Herr Haase (SPD) erklärt, dass er als Beiratssprecher mit dem Sprecher des Beirates in der Vahr gesprochen habe. Auch die Vahr sei gegen die Verlängerung. Aus Sicht der Anwohner des Wilhelm-Busch-Viertels sei dieses auch verständlich, da hier auf der einen Seite die Bebauung der Rennbahn geplant sei und dann von der anderen Seite die Verlängerung der Hermann-Koenen-Straße befürchtet würde.

Frau Sauer (CDU) erklärt, dass Hemelingen sich häufig von Osterholz abschotte, obwohl beide Stadtteile als Nachbarn oft mit den gleichen Themen befasst seien. Hemelingen habe zudem Ausgleichsmaßnahmen für den Bau des Tunnels erhalten. Osterholz solle an diesem Punkt selbstbewusster auftreten. Es sei auch zu bedenken, dass ein Prüfauftrag viel Zeit in Anspruch nehmen würde und ein Bau sicher 10 bis 20 Jahre dauern würde.

Herr Dräger (Siedlergemeinschaft Kuhkamp e.V.) erklärt, dass bei einer Behandlung des Antrags im FA Bau Vertreter der Siedlergemeinschaft eingeladen werden müssten. Herr Sporleder (FA Bau, CDU) erklärt, dass die Sitzung öffentlich stattfinden würde und dass dann auch die Verkehrsplaner eingeladen werden sollten. Dieses sei aber erst nach den Sommerferien möglich. Die Siedlergemeinschaft würde dann eine Einladung erhalten.

- Umwidmung Globalmittel Bepflanzung an der Ludwig-Roselius-Alle:

Herr Sporleder (CDU, FA Bau) berichtet, dass die Bepflanzung laut Frau Ponten mit 500,00€ pro AK und Tag zu teuer sei. Daher solle das Geld umgewidmet und eingesetzt werden, um die Baumscheiben am Marktplatz zu bepflanzen (Email von Herrn Tasan, QM).

Herr Schlüter (OAL) fragt nach, ob hierfür schon ein entsprechendes Konzept für die Pflege der Pflanzen vorläge.

Herr Haase (SPD) erklärt, dass die Hoffnung bestünde, dass bei einer schönen Bepflanzung vielleicht weniger Dreck durch Passanten hinterlassen würde. Er spricht sich dafür aus, nicht zu lange zu warten, da der Marktplatz schöner werden müsse.

Herr Massmann (SPD) schlägt vor, die Frage zunächst im Quartiersforum zu besprechen. Die Bepflanzung solle nur umgesetzt werden, wenn auch die Pflege garantiert sei.

Herr Hohn (CDU) schlägt vor, erstmal probeweise nur eine Baumscheibe zu bepflanzen.

Herr Haase (SPD) spricht sich dafür aus, kurzfristig Blumen zu pflanzen und nicht bis zum nächsten Jahr zu warten.

Herr Last (Linke) erklärt, dass die beiden Fragen nichts miteinander zu tun hätten. Auch im nächsten Jahr sei mit der Verschmutzung des Marktplatzes zu rechnen und Blumen müssten gegossen werden.

Herr Tasan (QM) berichtet, dass im Moment ehrenamtliche Paten gesucht würden. Zum Teil seien diese schon gefunden worden. Ein Problem sei, dass sich viele Stellen (SUBV, UBB, Stadtgrün...) nicht zuständig fühlten. Ein ehrenamtlicher Einsatz könnte für mehr Rücksichtnahme sorgen. Er schlägt einen auf dieses Jahr angelegten Versuch vor.

Der Beirat fasst abschließend folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Betrag von 1.000,00€ wird umgewidmet, um die Baumscheiben auf den Marktplatz zu bepflanzen. Zuvor soll allerdings ein Konzept zur Pflege erarbeitet werden. An diesem Konzept wird der Beirat auf Einladung von Herrn Tasan mitarbeiten.“

- Schulstandortplanung:

Herr Haase (SPD) verliest den Entwurf mit allein eingearbeiteten Änderungen. Der Beirat stimmt dem Entwurf (im Anhang) einstimmig zu.

Das Ortsamt wird gebeten, die Änderungswünsche noch einmal zusammenzuführen und in einem Dokument zusammenzufassen.

- Umwidmung der Container für Wohnungslose:

Herr Dillmann (Grüne) erklärt, dass er für den Entwurf noch Details aus dem Entwurf des OAL übernehmen würde. Er verliest den Antrag.

Herr Haase (SPD) weist auf den Unterschied zwischen „Wohnungslosen“ und „Obdachlosen“ hin und darauf, dass in den Wohncontainern eine sozialpädagogische Betreuung angeboten wird.

Herr Hohn (CDU) weist darauf hin, dass es sich nur um eine befristete Baugenehmigung bis Ende 2019 handeln wird.

Frau Sauer (CDU) fragt nach der Kapazität. Es solle 39 Plätze geben. Hat diese Anzahl einen Hintergrund? Herr Schlüter (OAL) geht davon aus, dass sich diese Anzahl aus dem Betreuungsschlüssel ergibt. Die Anzahl sei von der Inneren Mission und der Senatorin für Soziales bestätigt worden. Eventuell kämen keine 30 Bewohner zusammen. 39 sei in jedem Fall die Obergrenze für 1,5 Jahre.

Der Beirat stimmt einstimmig für den Antrag (im Anhang).

Zu TOP 4: Mitteilungen des Ortsamtes

Frau Contu weist daraufhin, dass sie zum 01.08.2018 zum Ortsamt West wechseln wird und die Stelle des kommunalen Sachbearbeiters dann zunächst nicht besetzt sein wird.

TOP 5: Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Themen unter 5.

TOP 6: Zukünftige Struktur des Klinikums Bremen-Ost

Herr Schlüter (OAL) begrüßt die Gäste.

Eine Aufsichtsratssitzung des Klinikum Bremen Ost ist für Ende Juni angesetzt. Der Weser-Kurier berichtete bereits über mögliche Vorhaben, was zu Irritationen in der Öffentlichkeit geführt hat.

Frau Sen. Quante-Brandt berichtet, dass der Senat am Donnerstag, 31.05.2018, eine Unterstützung für die Geno in Höhe von 205 Millionen Euro beschließen wird (Nachtragshaushalt). Bisher liegt dieser Beschluss allerdings noch nicht vor. Damit seien alle vier Standorte der Geno in Bremen gesichert. Der Landeskrankenhausplan wird derzeit neu entwickelt. Als Aufsichtsratsvorsitzende des KBO sei ihre Aufgabe, zu überprüfen, ob die Vorgaben für Qualität, Auftragserfüllung und weitere Vorgaben erfüllt würden. Diese könne man grundsätzlich positiv feststellen. Der Zukunftsplan 2017 sei erfolgreich abgeschlossen. 39 von 42 geplanten Millionen Euro seien erwirtschaftet worden. Allerdings gäbe es noch Differenzen zwischen den Vorgaben und dem Erreichten. Vorgegeben sei ein Gewinn von 18 Millionen Euro, derzeit bestehe ein Defizit von 500.000,00€. Die Geno müsse sich daher insgesamt mit dem Leistungsangebot auseinandersetzen. Bisher fehle noch Personal. Dieses Problem hätten aber alle Kliniken, nicht nur die der Geno.

Im Ergebnis müsse von einem Null-Wachstum sprechen. In einigen Bereichen gebe es Gewinne, in anderen Verluste, so dass sich beides im Ergebnis ausgleiche. Langfristig können Verluste jedoch nicht weiter in der Form hingenommen werden. Ziel sei wenigstens eine schwarze Null. Es müssten daher das Leistungsspektrum überarbeitet und das Personal angepasst werden. Zum Teil gebe es Doppel- und Dreifachstrukturen, da in einigen Häusern Bereiche mehrfach vorgehalten würden. Dieses gelte nicht für das pflegerische Personal, aber zum Beispiel in einigen Bereichen für Ärzte.

Es gebe eine Medizinstrategie. Die Geno müsse insgesamt die Versorgung mit allen Leistungen sichern. Es könnten jedoch nicht alle Leistungen immer an allen Standorten angeboten werden. Die Landeskrankenhausordnung würde vorgeben, welche Disziplin wo angeboten werde.

Frau Darnedde berichtet von möglichen und geplanten Veränderungen am Klinikum Bremen Ost. Das zuletzt erwirtschaftete Defizit könne nicht dauerhaft aufrechterhalten werden. Das Geld

müsse erwirtschaftet werden. Sonst gehe die Finanzierung zulasten anderer Daseinsvorsorge. Es dürfe nicht mehr ausgegeben werden als erwirtschaftet wird. Aufgrund des hohen Defizites müsse es im KBO Änderungen geben, damit wenigstens ausgeglichene Ergebnisse möglich sind.

In der Geschäftsführung gebe es keine Entscheidung zur Aufstellung der Geno. Es würden im Aufsichtsrat lediglich Szenarien durchgespielt. Es werde derzeit noch ergebnisoffen geprüft. Die Planungen sollten auch noch nicht an die Presse gegeben werden. Dieses sei versehentlich passiert.

Herr Rohdenburg (BR KBO) erklärt, dass der Betriebsrat die Mitarbeiter über die geplante Verlegung der Allgemein- und Viszeralchirurgie informiert habe. Aufgrund des Baustopps und der Umbauten seien die Einweiser wohl verunsichert und würden daher weniger Patienten zuweisen, da sie auch nicht mehr sicher seien, welche Abteilungen im KBO angesiedelt seien. Es gäbe jedoch ausreichend Ärzte und Räumlichkeiten, um alle Disziplinen abzudecken. Der Betriebsrat hätte früher miteinbezogen werden müssen und die Planung insgesamt mit mehr Zeit durchgeführt werden müssen.

Herr Schlüter (OAL) fragt nach dem Grund für den Baustopp, nach den Planungen, was ab dem 01.06.2018 an das Klinikum Bremen Mitte verlegt wird, nach den fehlenden Assistenzärzten, den Kapazitäten für Operationen und der Beteiligung des Betriebsrates.

Frau Darnedde erklärt, dass es eine große Abteilung „Chirurgie“ gebe, die sich intern weiter aufteile. Alle Disziplinen der Chirurgie parallel in Ost und Mitte vorzuhalten, sei nicht möglich. Es gebe teilweise Abteilungen mehrfach an verschiedenen Kliniken. Dadurch werde die Aufgabenerfüllung gerade im Hinblick auf die erwünschte hohe Qualität schwierig. Derzeit werde daher geprüft, was wo angeboten werden könne, weswegen im Moment keine weitere Vergabe von Bauleistungen erfolge. Mit der Vergabe sei man gebunden. Die Aussetzung sei jedoch nur für einige Wochen beabsichtigt. Eventuell sollen noch einmal 10 Millionen Euro investiert werden. Geplant sei in jedem Fall, das Sterilgut für alle Kliniken an einer Stelle aufzubereiten und hierfür nur eine Abteilung zu haben.

Zur Beteiligung des Betriebsrates erklärt Frau Borsch (Geschäftsführung KBO), dass die Entscheidung am Montag gefallen sei, am Montagmittag an den Betriebsrat weitergegeben wurde und am Mittwoch bereits die Betriebsversammlung stattgefunden habe. Eine frühere Information sei nicht möglich gewesen.

Herr Dillmann (Grüne) fragt, inwiefern die Daseinsvorsorge garantiert werden könne. Durch so kurzfristige Veränderungen würden auch Entscheidungen vorweggenommen. Früher habe das Klinikum auch schwarze Zahlen geschrieben. Warum gelingt es nicht. Personal zu finden? Er fragt, ob die Doppelstrukturen tatsächlich schädlich seien und ob zum Beispiel eine Chirurgie für Bremen ausreiche.

Er erklärt, dass zudem Sorge um den „Ruf“ des KBO bestehe. Früher sei das KBO hauptsächlich für die Psychiatrie bekannt gewesen. Der Ruf des Klinikums sei eher schlecht gewesen (Stichwort „Ellen“). Der Stadtteil sei dadurch durchaus stigmatisiert gewesen. Die Anwohner würden sich eine „ganz normale“ Versorgung für den Stadtteil wünschen.

Herr Rohdenburg (BR) erklärt, dass Bewerbungen vorlägen, Einstellungen aber oft nicht möglich seien.

Frau Darnedde erklärt, dass die endgültige Verortung der Chirurgie noch geprüft werde.

Frau Quante-Brandt erklärt, dass vieles derzeit in Planung, aber noch unter „Investitionsvorbehalt“ sei.

Frau Darnedde erklärt, dass eine andere Aufstellung erforderlich sei, um ein neues Defizit zu vermeiden. Der Hintergrund der Verlagerung sei insbesondere der Ausbau der Geriatrie. Dort bestünde ein wesentlich höherer Bedarf als früher. Daher müsse die Allgemeinchirurgie weichen. Das Ziel sei ein alterstraumatologisches Zentrum. Hierfür sei das KBO auch bereits qualifiziert und zertifiziert.

Herr Haase (SPD) spricht die per Email das Büro der Senatorin gesandten Fragen an, die die Sorgen und Irritationen des Bremer Ostens ausdrücken würden.

Frau Quante Brandt erklärt, dass die vier Standorte der Geno sich ergänzen müssten.

Neu im KBO sei die Früh-Reha. Die Psychiatrie habe sich zudem positiv entwickelt. Die Station 63 sei geschlossen, das Haus 3 sei besser ausgestattet. Es bestehe ein hohes Interesse am weiteren Bestand.

Es bestehe insgesamt Einigkeit über den Bedarf und weiteren Bestand des KBO. Erforderlich sei nur ein Profilumbau mit den zukünftigen Schwerpunkten Geriatrie und Psychiatrie.

Herr Schlüter (OAL) erklärt, dass man die Fragen gesammelt an Frau Borsch senden könne mit der Bitte um Beantwortung.

Herr Restat (Linke) erkundigt sich nach dem Defizit und fragt, ob dieses nicht tatsächlich durch Zinsen für Investitionen entstanden sei, die die Stadt nicht bezahlt habe. Er fragt nach, wo genau derzeit die Verluste gemacht werden.

Herr Erlanson (MdBB, Linke, BR Klinikum Links der Weser) berichtet aus dem Publikum, dass es vor drei Jahren eine ähnliche Ausgangssituation gegeben habe, die sich derzeit wiederhole. Er spricht sich dafür aus, die Betriebsräte wesentlich früher einzubeziehen.

Herr Massmann (SPD) berichtet, dass die Anwohner in Osterholz verunsichert seien und verlangt werde, dass die Zukunftsentscheidungen auch den Investitionsbedarf an Kliniken berücksichtigen müssen. In Osterholz habe man mit dem KBO ein gutes entwicklungsfähiges Gelände. Er erklärt, dass es gut sei, dass es „Ellen“ nicht mehr gebe, dass die Forensik aber bleiben müsse. Im Beirat seien zudem vor schon geraumer Zeit Beschlüsse zur Frage des Ärzteentrums und einer Weiterbildungsakademie gefasst worden. Er bittet um Stellungnahme zum aktuellen Stand in diesen Punkten.

Frau Borsch erklärt, dass sie bezüglich des Ärztehauses mit einem Investor im Gespräch sei. Man müsse einen Termin in der nächsten Woche abwarten. Auch der Investor sei aufgrund der Presse irritiert gewesen.

Frau Dervedde berichtet, dass es zur Bildungsakademie ein Angebot gäbe. Dieses sei jedoch recht teuer. Derzeit werde noch ein anderes Objekt geprüft. Eine Entscheidung müsse jedoch bald getroffen werden, da auch im Klinikum Mitte weiter geplant werden müsse. Grundsätzlich sei das Votum jedoch positiv, auch von den Schülern. Es sei in der Hauptsache eine Frage der Kosten.

Herr Barth (CDU) fragt, inwiefern bei einer Spezialisierung auf Geriatrie und bei einem Abzug der Allgemeinchirurgie in Zukunft „normale“ Operationen (Beispiel Blinddarmentzündung, Beinbruch) durchgeführt werden könnte oder ob es eher ein Reha-Centrum geben werde. Frau Dervedde erklärt, dass es kein Reha-Centrum, sondern eine Akut-Reha geben soll. Grundsätzlich könne jede Operation weiterhin im KBO durchgeführt werden. Es sei im Einzelfall zu prüfen, ob der Patient transportfähig sei oder ob ggfs. ein Arzt nach Osterholz kommen müsste. Wichtig sei der Geno eine kompetente und komplikationslose Versorgung. Dieses sei nur durch eine gewisse Häufigkeit von Operationen möglich und dieses wiederum durch Spezialisierungen. Hier sei zu beachten, dass das KBO grundsätzlich sehr gut angebunden sei. Bis ins Klinikum Mitte seien es nur sieben Kilometer.

Frau Borsch erklärt, es gäbe zudem eine Konsilverversorgung. Das bedeute, dass tagsüber ein Oberarzt der Allgemeinchirurgie erreichbar sei. Eine Grundversorgung sei in Osterholz gesichert, auch wenn unter Umständen ein entsprechender Arzt nach Osterholz kommen müsste.

Herr Schlüter (OAL) fragt, wie zukünftig die Beteiligung des Beirates sichergestellt werden solle.

Herr Rodenburg (BR) erklärt, dass auch der Betriebsrat sich eine frühzeitige Beteiligung gewünscht hätte.

Herr Tasan (QM Schweizer Viertel) erklärt, dass Osterholz einen großen Anteil sozial benachteiligter Anwohner habe. Auch als Arbeitsgeber sei das KBO daher für die Zukunft wichtig.

Herr Dillmann (Grüne) fragt nach dem weiteren Vorgehen. Er erklärt, dass Unterlagen dem Beirat regelmäßig zur Verfügung gestellt werden müssten.

Frau Quante-Brandt erklärt, dass es sich bei diesen konkreten Plänen nur um Entwürfe gehandelt habe, bei denen ein Beteiligungsrecht des Beirates nicht gegeben sei. Am 27.06.2018 nach der Aufsichtsratssitzung gebe es weitere Informationen. Man käme dann wieder auf den Beirat zu. Es müsse jedoch klar sein, dass manches bei der derzeitigen Finanzlage nicht umsetzbar sei.

Herr Dillmann (Grüne) fragt nach der politischen Beteiligung und Einflussnahme. Frau Quante-Brandt erklärt, dass der Aufsichtsrat grundsätzlich politisch unabhängig sei.

Herr Rodenburg (BR) weist darauf hin, dass es Situationen wie die vorliegende nicht geben sollte. Es dürfe grundsätzlich nichts an die Presse gegeben werden, was noch nicht „spruchreif“ sei.

Herr Haase (SPD) erklärt als Beiratssprecher abschließend, dass grundsätzlich nichts weitergegeben werden dürfe, das den Beirat und vor allem die Bevölkerung verunsichere, bevor es nicht endgültig beschlossen sei. Er hoffe auch in Zukunft auf eine gute Zusammenarbeit ohne Irritationen. Die Osterholzer hätten sein bestimmtes Verhältnis zu „ihrem“ Krankenhaus. Einen Ruf zu zerstören gehe schnell, ihn dann wieder aufzubauen sei langwierig. Daher sei es wichtig, nun schnell und verlässlich Fakten zu schaffen.

Herr Schlüter schließt die Sitzung um 21.15 Uhr.

Bremen, den 31.05.2018

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Christina Contu
(Protokollführung)

Einstimmiger Beschluss des Stadtteilbeirates Bremen-Osterholz vom 28.05.2018 Stellungnahme zur Schulstandortplanung für Osterholz

Vorab

Der Ausschuss/ Beirat begrüßt grundsätzlich die seit längerem erwartete Vorlage einer Schulstandortplanung für Osterholz (erläutert in der Beiratssitzung vom 23.04.2018) mit Entwicklungsperspektive bis 2030.

Da mehrere Entwicklungsziele, was ihre schrittweise Umsetzung angeht, von künftigen Koalitionsentscheidungen (z.B. 2019 und 2023) und der jeweiligen Bereitstellung von Investitionsmitteln in kommenden Legislaturperioden abhängen, betont der Beirat noch einmal, dass er – wie bisher – den Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen wünscht, jedoch dem längerfristigen Ausbau zu gebundenem Ganztagsbetrieb im Einzelnen nur zustimmen kann, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, also die notwendigen baulichen Maßnahmen erfolgt sind und der Ganztagsbetrieb personell abgesichert wird.

Auch für den Ausbau der inklusiven Beschulung von Kindern im Bereich „Wahrnehmung und Entwicklung“ (W+E) müssen jeweils die baulichen und personellen Voraussetzungen erfüllt sein.

Den allgemeinen Planungsgrundlagen stimmt der Beirat zu; jedoch ist dem Beirat sehr bewusst, dass „Der Teufel im Detail“ steckt, nämlich bei der angemessenen Berücksichtigung von „Abschlägen“, insbesondere aufgrund der jeweilig ermittelten Sozialindikatoren (z.B. Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund und vor allem Belastungen durch übergroße Sprachdefizite).

Die Schülerzahlprognosen für unseren Stadtteil nimmt der Beirat zur Kenntnis. Er hält sie angesichts aktueller und weiter anhaltender Neubautätigkeit (trotz Rückgang der Flüchtlingszahlen) für eine sehr realistische Planungsgrundlage.

1. Stellungnahmen im Einzelnen:

Da die gegenwärtige Finanzausstattung für Bremens Schulen aufgrund der bremischen Gesamtsituation bis auf weiteres als unzureichend seitens des Beirates eingeschätzt wird und auch mittel- und langfristig große Investitionsprobleme bestehen werden (alleine schon wegen des riesigen Sanierungsstaus bei den Schulgebäuden) beschränkt sich der Beirat auf wenige Forderungen für den grob übersehbaren Planungszeitraum der nächsten ca. 5 Jahre.

Nichts ist im Grundschulbereich derzeit wichtiger als der Neubau einer (langfristig mindestens dreizügig zu planenden) Grundschule („Osterholz Süd“) zwischen Heerstraße und der Bundesbahn. Südlich der Heerstraße liegen schon 3 lfd. durch Bebauungspläne vorbereitete Neubaugebiete, die durch Fortsetzung entlang des Ehlersdamms und weitere Verdichtung im flächenmäßig großzügig bemessenen Kuhkampgebiet ganz sicher künftig ergänzt werden.

Hierfür fordert der Beirat deshalb die umgehende Aufstellung des entsprechenden Bebauungsplanes (südlich des Großen Kuhkamps). Denn: wenn der zeitliche Vorlauf für den Neubau zu lange dauern sollte, kann die Situation für die betroffene Schülerschaft nur mit befristeten Übergangslösungen (Mobilklassen/ Container) erträglich gehalten werden und auch dafür braucht man ein ausreichend bemessenes Grundstück.

Die Dringlichkeit wird unterstrichen durch die bisherige relative Überlastung der Schule Osterholz, die nur eine begrenzte Entlastung bei den Schülerzahlen erfahren könnte durch die Schule am Ellenerbrokweg, denn die erneute Aufstellung von Mobilklassen lehnt der Beirat hier entschieden ab.

Außerdem stehen alle Osterholzer Grundschulleitungen hinter dieser Beiratsforderung!

Im Rahmen der Bauplatzsuche sollte auch die St.Petri-Stiftung angesprochen werden. Z. Zt. Werden weder alle Flächen noch alle Gebäude auf dem Gelände der Stiftung am Ehlersdamm vollständig genutzt,

2. Als zwingend notwendig erachtet der Beirat als Konsequenz aus der künftigen Neubautätigkeit (die in 8-10 Jahren vollendet sein wird) auf dem Gelände des neuen Ellener Hofes, dass Grundschüler, die hier künftig wohnen werden, der Schule an der Düsseldorfer Straße zugewiesen werden, hier also eine Änderung der Einzugsgebiete (Uphuser und Düsseldorfer Straße) vorgenommen wird (ab 2019, spätestens 2020).

Begründungen: In Blockdiek ist das Schulgrundstück großzügig bemessen, um bei Bedarf auch bauliche Erweiterungen noch vornehmen zu können (hier standen ca. 20 Jahre lang 8 Mobilklassen, die abgerissen wurden, als der Bedarf nach der Schließung der dortigen OS- Dependence nicht mehr gegeben war). Außerdem wäre der Schulweg zur Uphuser Straße (deren Grundstück bekanntlich außerordentlich klein ist) um bis zu 900 Meter länger als zur Düsseldorfer Straße, ein für Grundschüler bedeutsamer und u.E. auf jeden Fall zu berücksichtigender Unterschied.

Bei der Suche nach Erweiterungsmöglichkeiten für die Grundschule an der Uphuser Straße sollte auch mit der Bremer Heimstiftung gesprochen werden, ob sich nicht Möglichkeiten auf dem Gelände des Ellener Hofes anbieten zum Schulneubau.

3. Bei den 3 Oberschulen zeichnet sich ab, dass vor allem als Konsequenz künftig steigender Schülerzahlen einer Erhöhung der Zügigkeit allein bei der Albert-Einstein-,Schule möglich erscheint, so dass mittelfristig eine bauliche Erweiterung unverzichtbar würde. Entsprechende Planungen müssen noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden, auch um die Aufstellung von weiteren Mobilklassen vermeiden zu können.
4. Die aktuelle Bildung von sogen. Inklusionsverbänden (W+E) nimmt der Beirat zustimmend zur Kenntnis, sofern die baulichen und personellen Voraussetzungen bei den betroffenen Schulen zeitgerecht geschaffen werden können.
5. Eine Zuspitzung wegen fehlender baulicher Voraussetzungen ergibt sich bei der GSO, die schon in hohem Maße und durchgehend durch alle Jahrgänge bis Klassenstufe 10 durch viele (z. Zt. 17 Inklusions-) Schwerpunkt-Klassen betroffen ist und außerdem – ein Anachronismus- (hervorgegangen aus vergangenen Schulstrukturänderungen und dem nicht zu Ende gebauten Sek II/BS-Schulgebäude) 7 (!) Räume immer noch der Berufsschule, dazu in der obersten Ebene bereitstellen muss. Der Berufsschulstandort Walliser Straße muss dabei gestärkt werden.

Es sollte und muss u.E. gelingen, diesen Anachronismus baldmöglichst zu beenden oder „auslaufen“ zu lassen; dies muss deshalb bei den anstehenden behördlichen Planungen für den Berufsschulbereich Berücksichtigung finden.

Auf jeden Fall erfordert die Ansiedlung von W+E-Kindern bei der GSO (künftig 6 Gruppen, eine pro Jahrgang) erhebliche Investitionen, da dies nur mit zusätzlichen Räumen bewältigt werden könnte.

SPD
Wolfgang Haase

CDU
Günter Hohn

Bündnis 90 / Die Grünen
Ralf Dillmann

Die Linke
Reinald Last

Einstimmiger Beschluss des Stadtteilbeirates Bremen-Osterholz vom 28.05.2018

Umwidmung der Mittel für die Bepflanzung der Ludwig-Roselius- Allee

Der Beirat beschließt, dass die bisher für die Bepflanzung der Ludwig-Roselius- Allee vorgesehen Beiratsmittel in Höhe von 1.000,00€ umgewidmet werden sollen. Die Summe soll eingesetzt werden für die Bepflanzung der Baumscheiben auf dem Marktplatz Osterholz.

Voraussetzung zur ist ein Konzept zur Pflege der Pflanzen, dass noch durch den Beirat in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement Schweizer Viertel zu erarbeiten ist.

SPD
Wolfgang Haase

CDU
Günter Hohn

Bündnis 90 / Die Grünen
Ralf Dillmann

Die Linke
Reinald Last

Einstimmiger Beschluss des Stadtteilbeirates Bremen-Osterholz vom 28.05.2018

Umnutzung einer ehemaligen Unterkunft für Flüchtlinge

Der Beirat Osterholz stimmt der beantragten Nutzungsänderung für die bisherige Flüchtlingsunterkunft an der Andernacher Straße / Neuwieder Straße - gemeint sind die grau-weißen Wohncontainer – im Rahmen der bisherigen **befristeten** Baugenehmigung unter den nachfolgenden Bedingungen zu:

- Die Unterkunft wird zukünftig für obdach- und wohnungslose Menschen genutzt. Die Vergabe der Wohnheimplätze erfolgt ausschließlich über das Amt für Soziale Dienste (ASD).
- Die Unterkunft liegt in direkter Nähe zur Grundschule Andernacher Straße, sodass die Nutzung von Menschen mit akuter Suchtproblematik (Alkohol, Drogen und Medikamente) unterbleibt.
- Die Unterkunft wird in Trägerschaft der Inneren Mission geführt. Der Träger hat eine langjährige Erfahrung in der Hilfe von wohnungslosen Menschen; sollte es aus heute nicht bekannten Gründen zu einem späteren Trägerwechsel kommen, so ist dieser erneut beim Beirat zu beantragen.
- Der Träger ist im Rahmen eines 24-Stunden-Bereitschaftsdienstes vor Ort für Nachbarschaftskonflikte erreichbar.
- Die BewohnerInnen erhalten eine sozialpädagogische Betreuung, die Hilfestellungen zur Alltagsbewältigung und bei der Wohnungssuche leistet.
- Die befristete Baugenehmigung für die Wohncontainer wird nicht über die bisherige Befristung hinaus verlängert. Auf der Einwohnerversammlung wurde von den Nachbarn nachvollziehbar deutlich gemacht, dass der städtebauliche Wunsch besteht, wieder eine normale Situation (Wohnbebauung, Grünfläche etc.) herbeizuführen.

Es ist leider in zunehmendem Maße festzustellen, dass durch das gestiegene Mietniveau und die Wohnungsknappheit, immer mehr Menschen von Wohnungslosigkeit akut betroffen sind. Vor diesem Hintergrund, aber auch generell, sieht es der Beirat Osterholz als eine der dringendsten Aufgaben der Politik an, für eine angemessene Bereitstellung von Sozialwohnungen zu sorgen. Der Beirat fordert hierzu den Senat auf, für die Fertigstellung von geplanten Wohnbaumaßnahmen in kürzerer Frist zu sorgen. Der aktuelle Zeitraum von der Planung bis zur Bezugsfertigkeit ist deutlich zu lang. Darüber hinaus ist der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen deutlich zu steigern.

SPD	CDU	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke
Wolfgang Haase	Günter Hohn	Ralf Dillmann	Reinald Last